

Energiewende nicht kostenlos

CDU-Bundestagsmitglied Ralph Brinkhaus über das Energiekonzept seiner Partei

■ Werther (kei). „Wenn das, was in Fukushima passiert ist, in Krümmel oder Brokdorf passiert wäre, dann hätten wir Hamburg evakuieren müssen und zwar auf ewige Zeiten.“ Ralph Brinkhaus, Kreisvorsitzender der CDU und Bundestagsmitglied, war am Montagabend zur Mitgliederversammlung des CDU-Stadtverbandes Werther in den »Bergfrieden« gekommen und sprach dort über das Energiekonzept der Bundes-CDU. An seiner persönlichen Haltung ließ Brinkhaus wenig Zweifel. Er sei als eines von fünf Unionsfraktionsmitgliedern gegen die Laufzeitverlängerung für die deutschen Atomkraftwerke gewesen.

Brinkhaus bezeichnete die Entscheidung für die Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke als eine am Parlament vorbei getroffene Entscheidung. Er habe nicht verstanden, warum sie ohne Not getroffen worden sei. Die bestehenden Vereinbarungen über die Laufzeiten hätten der Regierung genügend Handlungsspielraum geboten. „Aber wir haben in dieser Angelegenheit gelernt“, sagte das CDU-Bundestagsmitglied in der Wertheraner Runde.

Als klar gewesen sei, dass künftig jede Kommunalwahl und jede andere Wahl im Grun-

de nur zu einer Abstimmung über die Nutzung von Atomkraft geraten wäre, sei die Regierungskoalition zum sofortigen Handeln verpflichtet gewesen. Denn es sei ja klar, dass nach Fukushima eine deutliche Mehrheit der Deutschen die Nutzung der Kernenergie eben einfach nicht mehr mittrage.

Ralph Brinkhaus machte aber auch deutlich, dass es der Kanzlerin Angela Merkel durchaus abzunehmen sei, dass ihre Entscheidung für den Ausstieg aus der Atomenergie durch Sorge begründet sei. Der Umstand, dass ein Atomkraftwerk in Japan, also einem hoch technisierten Industriestaat, betroffen gewesen wäre, habe den Blick auf mögliche Risiken verändert.

Stromversorgung 2050 zu 80 Prozent regenerativ

Trotzdem, und das räumte Ralph Brinkhaus unumwunden ein, bestünden natürlich all die Beweggründe, die im Oktober 2010 zu einem Votum der CDU für die Atomkraft als Brückentechnologie geführt hätten, auch weiterhin. Da sei zum einen die nötige Reduzierung von Treibhausgasen, die mit der Nutzung fossiler Brennstoffe schwer umzusetzen sei. Zum anderen dürfe Energie für die deutsche Wirt-



Ralph Brinkhaus: Der CDU-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete bezog in Werther eine klare Position in Sachen Atomausstieg und Energiewende. FOTO: K. SPIEKER

schaft nicht zum Standortnachteil werden, weil entweder die Preise zu hoch lägen oder das Netz nicht stabil gehalten werden könne.

Und damit war Brinkhaus denn auch bei einem weiteren Problempunkt, nämlich dem, dass in technologischer Hinsicht und auch bezüglich einer notwendig werdenden Infrastruktur für ein Gelingen der Energiewende hin zur Nutzung regenerativer Energien noch einiges passieren müsse. Die Regierung habe ein Gesetzespaket auf den

Weg gebracht, das eine Reihe von Hindernissen zu überwinden helfen solle.

Bis 2050 müsse der Anteil der regenerativen Energien bei der Stromversorgung auf 80 Prozent gesteigert worden sein. Das sei das klare Ziel. Das gehe nicht ohne Mehrkosten, machte Ralph Brinkhaus deutlich. „Und die müssen von den Privathaushalten getragen werden.“

Er sei überzeugt, dass in der deutschen Entscheidung für die Energiewende eine Chance auf Technologieführerschaft läge. Denn irgendwann würden vermutlich auch andere Nationen erkennen müssen, dass Ressourcen endlich seien, sogar die Brennstoffe für Kernkraftwerke. Dann würden alle die in Deutschland entwickelte Technik haben wollen. „Wenn wir es gut machen, ist das der Turbo für unsere Wirtschaft“, so der Referent.

In gewohnt offener Art schloss er aber auch ein mögliches Scheitern nicht aus. Und das könne den Niedergang für den Wirtschaftsstandort Deutschland bedeuten. Brinkhaus beschloss jedoch seine Ausführungen mit Optimismus. Im Ausland herrsche die Meinung, dass der Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie zwar ein ehrgeiziges Ziel sei, allgemein hieße es aber: „Wenn das einer schafft, dann ihr Deutschen.“